Anja Butschkau MdL
Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Newsletter November 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen und
liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

in der Plenarsitzung am 15. November wurde der Haushalt für 2018 eingebracht. Er zeigt eindeutig, in welche Richtung es geht: CDU und FDP betreiben eine Politik der sozialen Kälte und brechen ihre Wahlversprechen. Die im Wahlkampf geforderte 1:1-Weiterleitung der Integrationspauschale des Bundes an die Kommunen: Fehlanzeige. Reduzierung der Grunderwerbssteuer: Fehlanzeige. Staubekämpfung: Fehlanzeige. Reform des Gemeindefinanzierungsgesetztes: Fehlanzeige.
Schlimmer wirken aber die Kürzungen im sozialen Bereich. Ist im aktuellen Haushalt davon die Rede, die Förderung für das Sozialticket um 5 Millionen Euro zu kürzen, kam nun im Verkehrsausschuss heraus, dass das Ticket ab 2020 komplett gestrichen werden sollte. Bei den Lehrereinstellungen täuschten Finanzminister und Schulministerin den Landtag sogar. So wurden 2048 zusätzliche Lehrerstellen angekündigt, aber verschwiegen, dass an anderer Stelle 765 Lehrerstellen gestrichen werden. Die Beseitigung des Lehrermangels bekämpft man so nicht!
Eine unsoziale und konzeptlose Landesregierung, die dazu noch von einem Skandal in den nächsten tappt. Nach Medienminister Holthoff-Pförtner und Landwirtschaftsministerin Schulze-Föcking, gesellt sich nun Justizminister Peter Biesenbach in diese Reihe. Erst nach Druck durch die SPD-Landtagsfraktion ist er von seinem „Nebenamt“ als Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Oberbergischen Kreises zurückgetreten. Für uns war unverständlich, wie ein Minister unabhängig entscheiden soll, wenn er zugleich Mitglied eines kommunalen Parlaments ist und dort in seiner Fraktion eine Führungsrolle einnimmt.

Eine weitere Personalie von Ministerpräsident Armin Laschet schaffte es sogar innerhalb einer Plenarwoche, gleich in zwei Aktuellen Stunden zum Thema zu werden. Der von Merkel einst in die Wüste geschickte CDU-Wirtschaftsexperte Friedrich Merz soll Brexit-Beauftragter der Landesregierung werden. Damit würde ein Top-Lobbyist – Merz ist Aufsichtsratsvorsitzender des deutschen Ablegers der Investmentfirma Blackrock und Mitglied zahlreicher anderer Aufsichtsräte – direkten Zugang zur Staatskanzlei erhalten. Als ob dies nicht schon genug wäre, schlug ihn Laschet auch als Aufsichtsratsvorsitzenden des Köln/Bonner Flughafens vor. Wir befürchten, dass der „Laschet-Freund" Merz, ganz im Sinne von „Privat vor Staat", die Privatisierung des Flughafens voran bringen soll, denn der Bund hat bereits angekündigt, seine Anteile an diesem zu verkaufen.

Was sonst noch im Landtag diskutiert wurde, darüber informiert Sie/Euch dieser Newsletter.

Ihre/Eure

Anja Butschan

Streichung des Sozialtickets ist ein Skandal sondergleichen

Ich kann mich noch gut an die Debatte um das Sozialticket in Dortmund erinnern. Daher war ich froh, als 2011 die rot-grüne Minderheitsregierung mit der Einführung eines landesweiten Sozialtickets Sozialleistungsempfänger*innen, aber auch Kommunen, die bis dahin eigenständig ein Sozialticket organisierten, entlastete. Im Haushaltsplan 2018 fand sich nun eine Reduzierung der Landesförderung um 5 Millionen Euro auf nur noch 35 Millionen Euro, obwohl die Zahl der Nutzer*innen stetig steigt. Im Folgejahr sollte der Förderbetrag an die Verkehrsverbünde sogar auf 20 Millionen Euro halbiert werden. Zugleich stehen Födermittel für ein Azubi-Ticket zur Verfügung. Die Landesregierung spielt Sozialleistungsempfänger*innen und Auszubildende gegeneinander aus. Wir Dortmunder Abgeordneten haben dies in einer Pressemitteilung scharf verurteilt.

Wenige Tage später musste Minister Hendrik Wüst dann im Verkehrsausschuss eingestehen, dass die Landesregierung sogar plante, die Föderung ab 2020 komplett zu streichen. Das Geld werde stattdessen in den Straßenbau fließen. Der Aufschrei der Sozialverbände, Gewerkschaften und der rot-grünen Opposition war groß. Selbst in der CDU fanden sich zahlreiche Kritiker*innen. Ein Skandal sondergleichen. Für arme Menschen wäre Mobilität zum Luxus geworden. CDU und FDP wollten bei den Ärmsten streichen. Das ist eine höchst unsoziale Politik. Auch in Dortmund haben wir vier SPD-Abgeordneten erneut deutlich dazu Stellung bezogen.

Dass das Sozialticket gebraucht wird, steht außer Frage. Bezieher*innen von Arbeitslosengeld 2, Sozialhilfe, Aufstockung, Wohngeld oder Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz haben ein berechtigtes Bedürfnis nach Mobilität; um zum Jobcenter oder Amt zu kommen, zu Bewerbungsgesprächen, zum Arzt, zum Einkaufen oder zur Kita. Es geht aber auch um soziale und gesellschaftliche Teilhabe, denn ohne Mobilität sind Treffen mit Freunden und Freizeitaktivitäten nur bedingt möglich, wenn kein Geld da ist. Besonders dramatisch ist die Situation bei Menschen, die arbeiten gehen, aber so wenig verdienen, dass sie davon leben können und daher aufstocken müssen (z.B. Alleinerziehende in Teilzeit oder Menschen, die nur einen Minijob haben). Ihnen wird mit Streichung des Sozialtickets indirekt auch die Erwerbstätigkeit genommen, weil sie sich den Weg zur Arbeit nicht mehr leisten können. Denn

ein normales Ticket1000 Preisstufe A kostet 73 Euro, der Regelbedarf für Mobilität liegt bei gerade einmal 25 Euro.
Am 27.11. ruderte die Landesregierung aufgrund des hohen öffentlichen Drucks zurück. Aber Vorsicht: sie redet lediglich davon, dass sie die Streichungen in 2018 und 2019 zurücknimmt und dass es weiterhin ein Sozialticket geben soll. Sie sagt aber nicht, wer die Zeche zahlen soll. Es werden lediglich Gespräche mit den Verkehrsverbünden angekündigt. Es gibt aber bei weitem keine Finanzierungszusage ab 2020. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kosten und damit auch die sozialpolitische Verantwortung nicht auf die Verkehrsverbünde, die Pendler*innen oder die Kommunen abgewälzt werden. Denn das hieße höhere Fahrpreise und höhere Kosten für die Kommunen, insbesondere diejenigen, die mit hohen Soziallasten zu kämpfen haben.
In der Aktuellen Stunde des Landtags am 29.11. wurde deutlich, dass die Landesregierung mit dem Zurückrudern nicht die bedürftigen Menschen im Blick hat, sondern einzig allein der hohe Druck dazu führte. Es ist beschämend wie CDU und FDP von fehlender Gerechtigkeit gegenüber Arbeitnehmer*innen und Auszubildenden spricht und die Gruppe der Sozialticketnutzer*innen, die immerhin 300.000 Menschen in NRW umfasst, als Randerscheinung bagatellisiert. CDU und Verkehrsminister spielen sich als Retter des Sozialtickets auf, weil man die Reduzierung der Förderung für 2018 wieder zurückgenommen habe und über Nacht auf einmal die Verantwortung für Sozialleistungsempfänger*innen sieht. Ein klares Bekenntnis zum Sozialticket, durch das Land finanziert, fehlte jedoch vollkommen.
Wir halten das Thema auf jeden Fall am Kochen!

Pressemitteilung vom 15.11.2017: https://wp.me/p7RICK-gN
Pressemitteilung vom 23.11.2017: https://wp.me/p7RICK-gy
Videoaufzeichnung der Aktuellen Stunde im Landtag am 29.11.2017 (ab Min. 10:30): http://bit.ly/2kcYs9x

Landesregierung kommt bei der Kinderbetreuung nicht voran

Der Landtag hat am 16.11. das Kita-Rettungsgesetz der Landesregierung verabschiedet. Es ist zwar gut, dass die finanziellen Probleme der Kita-Träger angegangen werden, aber handwerklich scheitert das Gesetz. So fehlt eine klare Schwerpunktsetzung. Die Finanzhilfe wird pauschal mit der Gießkanne als Einmalbetrag ausgezahlt und berücksichtigt nicht die unterschiedlichen Bedarfe von Trägern und Einrichtungen. Dringend benötigte neue Kita-Plätze sind gar nicht vorgesehen. Wir haben daher mit einem eigenen Entschließungantrag auf die Missstände hingewiesen und fordern die Landesregierung auf, endlich die Kita-Finanzierung nachhaltig zu reformieren.
Handlungsbedarf sehen wir auch bei der Höhe der Elternbeiträge für die Kita-Betreuung. Zu diesem Thema haben die Abgeordneten der SPD-Fraktion eine Reihe Kleiner Anfragen an die Landesregierung gestellt, um die Situation in den einzelnen Kommunen zu erfahren. Die Kita-

Beiträge unterscheiden sich nach Wohnort teilweise sehr deutlich. In mehr als 150 von 186 Jugendämtern in NRW werden Kita-Gebühren zudem für Einkommen unterhalb der Armutsgrenze erhoben. Reiche Kommunen können sich eine für die Eltern kostenlose Kita leisten, während in anderen Kommunen die Kita-Betreuung für Gerinverdiener unerschwinglich ist. Die Landesregierung nennt das eine „große Bandbreite an kommunalen Variationen". Wir nennen das sozial ungerecht. Wir brauchen die landesweite Gebührenfreiheit, zumindest in einer Kernzeit von 30 Stunden und wieder eine landeseinheitliche und sozial gerechte Elternbeitragstabelle.
Am 29.11. hat der Landtag sich schließlich mit einem Antrag der SPD-Landtagsfraktion beschäftigt, der sich mit den Betreuungszeiten in den Kitas beschäftigt. Flexible Arbeitsbedingungen erfordern flexible Betreuungszeiten. Da ist das KiBiz allerdings sehr starr. Auch der Bedarf nach 25- und 35-Stundenplätzen geht zurück. Dagegen steigt der Bedarf an 45-Stundenplätzen für die Kinder von Vollzeiterwerbstätigen. Wir fordern, daher die Landesregierung auf, in einem ersten Schritt die tatsächliche Bedarfslage der Eltern zu ermitteln, um eine Informationsgrundlage für die Neuregelung der Betreuungs- und Öffnungszeiten sowie flexible Randzeitenbetreuungen zu schaffen.

Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zum Kita-Rettungsgesetz: http://bit.ly/2ioWEK8
Antwort auf die Kleine Anfrage „Kita-Gebühren und weitere finanzielle Belastungen im Jugendamtsbezirk Dortmund": http://bit.ly/2j39dYQ
Antrag der SPD-Fraktion „Tatsächliche Bedarfslage der Eltern in NRW ermitteln, um passgenaue Betreuungsmodelle in der frühkindlichen Bildung zu entwickeln": http://bit.ly/2Bnq2Ey

Schwarz-Gelb schwächt die politische Beteiligung von Migrant*innen

Seit über 20 Jahren gehören die Integrationsräte zu den kommunalen Pflichtgremien in Nordrhein-Westfalen. Sie bieten Bürger*innen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft und Staatenlosen die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene politische Vertreter*innen für ihre Interessen direkt zu wählen. Die Integrationsräte sind Teil einer gewachsenen Struktur zur Förderung von Teilhabe und Integration, die NRW bei dieser Aufgabe eine deutschlandweite Vorreiterrolle zukommen lässt. CDU und FDP haben nun die Verpflichtung zur Einrichtung von Integrationsräten in den Kommunen in Frage

gestellt. Dem treten wir mit einem Antrag, der am 30.11. im Landtag debattiert wurde, entschieden entgegen: Wir fordern den Erhalt der Integrationsräte in ihrer jetzigen Organisationsform und darüber hinaus ihre Stärkung durch bessere Beteiligungsformate.

Antrag der SPD-Fraktion "Die Landesregierung muss die Arbeit der Integrationsräte würdigen, ihre Beteiligungsmöglichkeiten verbessern und die einheitliche Vertretung von Migrantinnen und Migranten durch die Integrationsräte erhalten!": http://bit.ly/2k9mB0R

Konzept für Schulsozialarbeit erstellen

Dass Schulsozialarbeit wichtig und unverzichtbar ist, stellt mittlerweile niemand in Frage. Schulsozialarbeiter leisten einen wichtigen Beitrag für ein soziales Miteinander in den Schulen, die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien und die Inklusion von Schüler*innen mit Behinderungen. Umso ärgerlicher ist es, dass es ein Wirrwarr der Finanzierung gibt und es speziell bei der Finanzierung der Schulsozialarbeiter*innen, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets des Sozialgesetzbuchs 2 eingesetzt werden, keine langfristige Lösung gibt. Die rot-grüne Landesregierung hatte stets darauf gedrängt, dass der Bund seiner sozialpolitischen Verantwortung nachkommt – es geht ja nicht um einen bildungspolitischen Auftrag, sondern um die Beseitigung von Benachteiligungen armer Menschen – und die Schulsozialarbeit in diesem Bereich finanziert. Macht er aber nicht. Daher sprang das Land 2015 mit einem Förderprogramm ein. Dieses läuft aber im nächsten Jahr aus, die betroffenen Schulsozialarbeiter*innen haben keine Anschlussperspektive. Die neue Landesregierung muss daher endlich ein Konzept vorlegen, wie sie sich eine einheitliche und langfristige Finanzierung der Schulsozialarbeit vorstellt. Dies haben wir am 17. November mit einem Antrag im Landtag eingefordert.

Antrag „Zukunftskonzept Schulsozialarbeit erarbeiten": http://bit.ly/2BBf3YX

Schlechte Zeiten für die betriebliche Mitbestimmung

Seit ein paar Monaten beschäftigen uns die Fusionspläne bei ThyssenKrupp Steel. Nun erleben wir bei Siemens, einem der größten Industriekonzerne Deutschlands, ein Déjà Vu. In wirtschaftlich guten Zeiten, in denen ein Jahresgewinn von 6,2 Milliarden Euro verkündet wird, wird im nächsten Atemzug angekündigt, 7000 Stellen weltweit im Konzern abzubauen. Und schon wieder werden Arbeitnehmervertretungen vor vollendete Tatsachen gestellt. Betroffen ist mit Mülheim auch wieder ein Standort im Ruhrgebiet, wo bis zu 800 Arbeitsplätze bedroht sind. Bei ThyssenKrupp Steel indes sind die Verhandlungen zwischen Vorstand und Betriebsrat weiter sehr zäh. Von Verhandlungen kann eigentlich gar keine Rede sein. Fragwürdig ist auch die Rolle der Krupp-Stiftung, die als größter Anteilseigner an ThyssenKrupp zu all dem schweigt. So etwas hätte es früher nicht gegeben, so war der Konsens zwischen Kapital- und Arbeitnehmerseite wichtiger Bestandteil der Unternehmensphilosophie.

In Dortmund beschäftigt ThyssenKrupp Steel auf der Westfalenhütte über 1300 Mitarbeiter*innen, die Zukunft des Standortes ist ungewiss, wenn die Fusion käme. Die SPD-Landtagsfraktion wird sich weiterhin für den Erhalt der Arbeitsplätze bei ThyssenKrupp und Siemens und die Stärkung der Mitbestimmung einsetzen. Es ist traurig, dass sich die Landesregierung, allen voran Ministerpräsident Armin Laschet in dieser Angelegenheit weg duckt.

Historisches Urteil des Bundesverfassungsgerichts stärkt rechtliche Anerkennung trans- und intersexueller Menschen

Ein wahrlich historisches Urteil hat das Bundesverfassungsgericht am 9. November getroffen. Bislang blieb Menschen, die mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geboren wurden bzw. sich als intersexuell wahrnehmen, im Geburtenregister nur die Möglichkeit einer Leerstelle. Dieser Nulleintrag verletzt jedoch das im Grundgesetz geschützte Persönlichkeitsrecht und diskriminiert Menschen, die weder männlich noch weiblich sind.

Nach dem erfreulichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss die Legislative nun bis Ende 2018 eine Neuregelung schaffen. Für das „dritte Geschlecht“ muss neben weiblich und männlich eine positive Bezeichnung im Geburtenregister geschaffen werden. Dies ist ein wichtiger Schritt,

um Diskriminierung von Geburt an entgegenzuwirken. Die Gesetzgeber sind gefordert, nun zügig zu handeln. Auch das Land Nordrhein-Westfalen muss sich konstruktiv an diesem Prozess beteiligen, dafür werden wir uns im Gleichstellungsausschuss stark machen.

Pressemitteilung: https://wp.me/p7RICK-ga

CDU und FDP wollen Rollenklischees bei der Berufswahl abbauen – haben aber keinen Plan dafür

Am 16. November hielt ich meine zweite Rede vor dem Landtag. Hierbei ging es um den Girls' Day und den Boys' Day, bei dem Mädchen in Berufe, in denen es einen geringen Frauenanteil gibt, reinschnuppern können und dementsprechend Jungen in Berufen mit einem geringen Männeranteil. Sie sollen ihren Horizont erweitern und neue berufliche Perspektiven jenseits von Rollenklischees finden.

Der CDU-/FDP-Antrag forderte nun, dass Männer in Frauenberufen und Frauen in Männerberufen gefördert werden sollen. Girls' und Boys' Day sollten weiterentwickelt werden. Dass diese Forderung nicht viel mit geschlechtersensibler Berufsorientierung zu tun hat, habe ich in meiner Rede als gleichstellungspolitische Sprecherin deutlich gemacht. Den Regierungsfraktionen fehlt ein ganzheitliches Konzept, wie es die rot-grüne Landesregierung in der letzten Legislaturperiode bei dem Thema hatte. Denn ein Aktionstag im Jahr allein erzeugt keinen nachhaltigen Erfolg. Um Rollenklischees in der Berufswahl zu beseitigen, muss mehr getan werden. Wir haben das Thema Geschlechtersensibilität daher in der letzten Legislaturperiode auch im Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss" (Berufsorientierung an Schulen) verankert. Die Kompetenzzentren Frau und Beruf, die Betriebe beim Thema Frauenförderung und Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen beraten, behandeln das Thema genauso. Eigentlich müssten nun noch Studienberatungen und Projekte, die junge Menschen für die sogenannten MINT-Berufe begeistern sollen, gestärkt werden. Doch CDU und FDP schreiben lediglich zwei Sätze aus dem Koalitionsvertrag ab. Kein Ziel, keine Idee, wie bei so vielen anderen Themen auch.

Aufzeichnung der Rede zum CDU/FDP-Antrag „Mehr Vielfalt in klassischen Frauen- und Männerberufen fördern – Zukunftstag Girls' Day und Boys' Day ausbauen" am 16.11.2017: https://youtu.be/ww_a-Z2yT48

Foto: Landtag NRW

Nein zu Gewalt an Frauen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein sehr ernstes Thema und leider auch heute noch weit verbreitet. Der internationale Gedenktag „Nein zu Gewalt an Frauen“ erinnert jährlich am 25. November daran. Auch in NRW spüren wir, dass Gewalt an Frauen, sei es physischer, psychischer oder sexueller Art, ansteigt. Alle 62 Frauenhäuser im Land arbeiten an ihrer Kapazitätsgrenze und müssen oft Frauen in Not wegen Überbelegung zurückweisen. Die Frauenhäuser leisten unverzichtbare Arbeit und müssen solide finanziert werden. Dafür setzen wir uns im Landtag ein.
Am 23. November haben Mitglieder des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen eine Fahne des Vereins Terre des Femmes als Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen gehisst. Am 25. November nahm ich am Fahnenhissen vor dem Dortmunder Rathaus teil, zu dem das Gleichstellungsbüro der Stadt eingeladen hatte.

Das WDR-Magazin Frau TV hat anlässlich des Tags gegen Gewalt an Frauen einen sehr informativen Beitrag ausgestrahlt.

WDR-Sendung Frau TV vom 23.11.2017: http://bit.ly/2zAzhAK

Treffen mit der früheren Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers

Vor 20 Jahren (am 11.11.1997) hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass das NRW- Frauenförderungsgesetz aus dem Jahr 1989 mit europäischem Recht vereinbar ist. Das war ein Meilenstein in der Gleichstellungspolitik, nicht nur für NRW, sondern deutschlandweit. Anlässlich dieses Jubiläums hat sich der AK Frauen und Gleichstellung der SPD-Landtagsfraktion mit der damaligen nordrhein-westfälischen Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers getroffen. Einen interessanten Bericht gibt es im frauenpolitischen Newsletter der SPD-Landtagsfraktion.

Frauenpolitischer Newsletter der SPD-Landtagsfraktion: https://wp.me/a7RICK-gj

Der frauenpolitische Newsletter kann mit einer E-Mail an martin.schmitz@landtag.nrw.de abonniert werden.

Foto oben: Ilse Ridder-Melchers und Anja Butschkau

Foto rechts: Vertreterinnen des AK Gleichstellung und Frauen der SPD-Landtagsfraktion mit Ilse Ridder-Melchers. V.l.: Anja Butschkau (frauenpolitische Sprecherin), Regina Kopp-Herr (Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen), Ilse Ridder-Melchers, Eva Lux und Leutrime Grainca (Fraktionsreferentin).

Landespreise gehen nach Dortmund

Dass Dortmund in vielen Bereichen Innovatives und Gutes hervorbringt, ist nichts Neues. So werden Menschen, Projekte und Firmen auch regelmäßig mit Preisen und Auszeichnungen des Landes bedacht. Im November wurde das Gesundheitsprojekt des Flüchtlingshilfeprojekts Ankommen e.V. mit dem mit 5.000 Euro dotierten Gesundheitspreis NRW ausgezeichnet. Projekt Ankommen e.V. will unter anderem die medizinische Versorgung und psychotherapeutische Betreuung von Flüchtlingen vermitteln und verbessern. Der Verein bietet in drei Dortmunder Stadtteilbüros Beratungen an. Die Arbeit wird ehrenamtlich von professionellen Fachkräften unterstützt. Der Verein organisiert unter anderem Begleitungen zu Arztbesuchen und Behördengängen. Zudem gibt es individuelle Hilfsangebote beispielsweise bei Sekundärtraumatisierungen der Flüchtlinge. Die Unterstützung beginnt schwerpunktmäßig dann, wenn die Geflüchteten aus der Notunterkunft in eigene Wohnung ziehen.
Einer von drei Gründerpreisen 2017, dotiert mit 60.000 Euro ging an GreenIT Systemhaus. Dieses bietet seinen Kunden eine Rundumberatung zu nachhaltigen Unternehmensstrukturen und niedrigen Umweltbelastungen. Gemäß ihrem Grundsatz „ökonomisch handeln – ökologisch denken“, vermitteln sie energieeffiziente und ressourcenschonende Informationstechnik. Das Dortmunder Unternehmen wurde 2012 gegründet mit dem Ziel, emissionsfreie IT in Deutschland zu etablieren. Mittlerweile zählt es 100 Mitarbeiter*innen.

Parlamentariergruppe NRW-Frankreich konstituierte sich

Am 17. November hat sich die Parlamentariergruppe NRW-Frankreich konstituiert. Da mir die deutsch-französischen Beziehungen ein besonderes Anliegen sind, habe ich entschieden, in dieser Parlamentariergruppe mitzuarbeiten. Die Zusammenarbeit zwischen NRW und Frankreich, sowohl auf politischer wie auf wirtschaftlicher Ebene, ist wichtig für Europa. Die Förderung des Austauschs zwischen Menschen aus NRW und Frankreich gilt es zu stärken. Die Unterzeichnung der römischen Verträge jährte sich in diesem Jahr zum 60. Mal. Seit über 70 Jahren sorgt ein konstruktives Miteinander zwischen Deutschen und Franzosen für ein stabiles und friedliches Europa. Das kommt nicht von selbst, der Austausch muss stetig gepflegt werden, z.B. über Städtepartnerschaften wie zwischen Dortmund und Amiens.

Kandidatur für den Vorsitz des AfA-Landesvorstandes

Am 27. Januar treffen sich die Delegierten der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen NRW (AfA NRW) in Gelsenkirchen zur Landeskonferenz. Armin Jahl hat angekündigt, nicht mehr für den Vorsitz zu kandidieren. Ich möchte diese Funktion gerne übernehmen und werde auf der Landeskonferenz daher kandidieren. Sowohl mein AfA-Unterbezirk Dortmund als auch die AfA-Region Westliches Westfalen unterstützen meine Kandidatur. Ich möchte einen Beitrag leisten, damit die AfA in der SPD wieder stärker Gehör findet und die Interessen der Arbeitnehmer*innen

in die Politik transportiert werden. Es gibt viele Themen, die ich mit der AfA anpacken möchte: die Herausforderungen, die die Digitalisierung in Bezug auf die Arbeitswelt und die betriebliche Mitbestimmung mit sich bringt, Ausbildung, Altersversorgung und die Gleichstellung von Mann und Frau. Ich möchte die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten ausweiten und junge SPD-Mitglieder durch Mitarbeit in der AfA ermuntern, sich für Arbeitnehmerinteressen einzusetzen.

Projekt neonlicht berät mann-männliche Sexarbeiter

Vor kurzem stellte die AIDS-Hilfe NRW Vertreter*innen unserer Fraktion die Male Escort Studie 2015/16 vor. In dieser geht es um die mann-männliche Prostitution (männliche Prostituierte, die mit Männern Sex haben) und die hohe Anfälligkeit dieser Zielgruppe, sich an einer sexuell übertragbaren Krankheit anzustecken. Bei diesem Anlass lernte ich auch das Projekt neonlicht der AIDS-Hilfe Dortmund kennen, das ich dann am 2. November besuchte. Die Mitarbeiter Tim Georg Larweczka und Manuel Rottmann informierten mich in den Räumlichkeiten der AIDS-Hilfe Dortmund über die Arbeit des Projekts. Die Mitarbeiter leisten wirklich hervorragende und wertvolle Arbeit, von Streetwork bis Sexualaufklärung.

neonlicht im Internet: www.aidshilfe-dortmund.de/index.php/stricherprojekt-neonlicht
Male-Escort-Studie 2015/16 (pdf): http://bit.ly/2Amz45x
Beitrag auf queer.de zur Male-Escort-Studie 2015/16: http://bit.ly/2zRChge

Foto: AIDS-Hilfe Dortmund

Gedenktafel an der alten Polizeiwache bleibt erhalten

Der SPD-Ortsverein Hörde-Süd gedenkt jährlich an die furchtbaren Verbrechen, die am Karfreitag 1945 von den Nationalsozialisten in der Bittermark und im Rombergpark verübt wurden. Viele der ermordeten Gefangenen waren im Gestapo-Keller der Polizeiwache Hörde an der Alten Benninghofer Straße inhaftiert. Eine Gedenktafel am Gebäude erinnert daran. Da das Gebäude nun vom Land verkauft wird, habe ich mich beim Finanzminister erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Tafel erhalten bleibt, egal, ob das Gebäude erhalten bleibt oder neu gebaut wird.

Besuch aus dem Wahlkreis im Landtag

Besonders gefreut habe ich mich über den Besuch von Genoss*innen, AWO-Freund*innen, ehemaligen AWO-Kolleg*innen und Unterstützer*innen meines Teams Butschkau. Sie waren am 16. November im Landtag und nahmen am Besuchsprogramm des Landtags teil. Zu diesem Besuch wird es auch einen Film geben, denn die Gruppe wurde von einem inklusiven Filmteam von NoCase begleitet. NoCase organisiert zum Thema Filmproduktion Angebote für behinderte und nicht-behinderte Jugendliche, u.a. auch in Eving.
Am 27. November besuchte dann die Jahrgangsstufe 10 des Phoenix-Gymnasiums den Landtag. Nachdem sie selbst eine Plenarsitzung simuliert haben, diskutierten wir über die Arbeit einer Abgeordneten und viele unterschiedliche politische Themen.

NoCase Filmproduktion gGmbH im Internet: www.nocase.de

Im Wahlkreis unterwegs

Auch diese Ausgabe schließe ich wieder mit einer Auflistung meiner Termine im Wahlkreis. Es ist mir wichtig, auch vor Ort mit den Menschen in Kontakt zu kommen und ein Ohr im Wahlkreis zu haben. Das ist gar nicht so einfach. Häufig bin ich an vier Tagen in der Woche in Düsseldorf und nehme dort an Sitzungen und Gesprächen im Landtag teil. Oft bleibt dann nur der Freitag oder das Wochenende, um Präsenz vor Ort zu zeigen. Seit der letzten Ausgabe des Newsletters habe ich folgende Termine wahrgenommen: Beirat des SPD-Unterbezirks Dortmund zum Thema Partei erneuern, Herbstfest des SPD-OV Kirchhörde/Löttringhausen, Besuch des Projekts neonlicht der Aidshilfe Dortmund (Betreuung und Beratung von mann-männlichen Sexarbeitern), Gespräch mit Frauen helfen Frauen e.V. zum Thema Finanzierung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, landespolitischer Bericht auf der Klausur des AsF-Unterbezirksvorstand Dortmund, Rede beim Seniorennachmittag des SPD-OV Borussia (Oespel/Kley), Rede im AWO-OV Benninghofen, Gedenkfeier der Stadt Dortmund anlässlich der Pogromnacht, Proklamation des Dortmunder Karnevalsprinzenpaars, Gedenkstunde zur Pogromnacht in Hörde, Wahlkampfdankeparty Marco Bülow, Eröffnung der Musikwerkstatt des Hansa-Theaters in Hörde und Diskussion auf der Jahresabschlussfeier im SPD-OV Westrich.